



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schilderstraße 5.
Telefon: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr inklusive Bestellgeld.

Nr. 35.

Berlin, den 1. Dezember 1918.

13. Jahrgang.

An die Partei!

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Die Ketten der politischen Unterdrückung sind zerbrochen. Die Fesseln ökonomischer Ausbeutung nur gelockert. Auch sie müssen fallen. Die Arbeiter und Soldaten sind die Werkmeister der Umwälzung. In allen Arbeiter- und Soldatenräten liegt kraft des Rechts der Revolution die politische Gewalt. Die Regierung übt sie aus, weil und solange sie das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte hat. Die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte erweitert und befestigt sich. Bezirksräte bilden sich an manchen Stellen. Bald wird ein Zentralrat für das ganze Deutsche Reich geschaffen werden.

Eine Zusammenfassung aller Kräfte ist erforderlich, damit aus den Ruinen neues Leben blühen kann, damit die deutsche Republik mit sozialistischem Inhalt erfüllt wird.

Die Bourgeoisie ruht mit verdächtiger Eile, nachdem sie sich von dem ersten Schrecken der Revolution erholt hatte, tagein tagaus nach der sofortigen Einberufung der Konstituante. Am lautesten gebärden sich dabei die alten Vertreter des Scharfmachertums, die wütendsten Feinde der Arbeiterklasse. Die Verräter des Volkswillens berufen sich jetzt mit einem Mal auf das Volk, aber sie wollen nicht den Ausdruck der Volksmeinung. Eine sofortige Zusammenberufung der Konstituante bedeutet Raub des Wahlrechts für Millionen, die seit Jahren täglich unter den größten Entbehrungen dem Tod ins Auge geschaut haben.

Ist das der Dank an die Soldaten, daß über die künftige Gestaltung, über das künftige Schicksal Deutschlands durch eine Wahl entschieden werden soll, von der ein großer Teil der Soldaten ausgeschlossen ist? Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn die

Soldaten wieder in ihrer Heimat bodenständig geworden sind, wenn die Arbeiter erst eine feste Arbeitsstätte, ein Heim gefunden haben.

Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn es feststeht, daß die Bevölkerung der auf Grund des Waffenstillstandes besetzten Gebiete frei und unbeeinträchtigt wählen kann. Oder wird es jemand wagen, diesen das Wahlrecht zu entziehen?

Jeder Politiker weiß, daß die technischen Vorbereitungen einer Wahl schon früher längere Zeit erforderten, jetzt sind überall neue Listen für alle über 20 Jahre alten Frauen und Männer anzulegen. Es darf nicht vorkommen, daß bei einem solch wichtigen Akte infolge Ueberstürzung Wahlberechtigte unregistriert bleiben und ihres Wahlrechts beraubt werden.

Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugrunde gelegten politischen Fragen aufgeklärt werden. Millionen von Soldaten sind durch den sogenannten vaterländischen Aufklärungsdienst über die politischen Vorgänge dauernd belogen worden. Sie zu unterrichten, muß Zeit bleiben. Konstituante — ja, sie wird kommen, aber sie kann erst kommen, wenn alle technischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn in ihr wirklich der Wille des aufgeklärten Volkes ausgeprägt ist.

Die Scharfmacher im Lande wissen sehr gut, daß die Wahl, wenn sie nicht zur Komödie gemacht werden soll, nicht in kürzester Zeit vorgenommen werden kann. Sie suchen die sozialistische Regierung zu diskreditieren und scheuen sich nicht, selbst das Ausland aufzuspüren, daß es nicht Frieden gewähren soll, bis die Konstituante zusammentritt. Sie werden so in der Zeit der größten Not Friedenshinderer.

Mitschuldig an diesem verbrecherischen Tun sind alle, die es stillschweigend oder ausdrücklich unterstützen. Merkten die Rechtssozialisten noch immer nicht, daß sie die Geschäfte der Reaktion betreiben, wenn sie in das Geschrei der Arbeiterfeinde einstimmen?

Die Bourgeoisie verfolgt mit ihrem Kampfschrei noch einen anderen Zweck. Sie will die tiefer greifenden sozialen Umgestaltungen aufhalten, indem sie glauben machen will, daß die sozialistische Regierung kein Recht habe, vor Zusammentritt der Konstituante Gesetze zu erlassen, oder gar an die Sozialisierung der Betriebe vorher zu gehen. Die Regierung hat das Recht dazu, weil sich in ihr die gesetzgebende Macht des souveränen Volkes verkörpert und sie hat die Pflicht dazu, wenn sie die Massen, die die Träger der Revolution sind, nicht im Stich lassen will. Diese Pflicht gilt es nunmehr zu erfüllen.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Seid auf dem Posten! Werbt mit dem größten Eifer neue Anhänger für unsere Partei. Je stärker unsere Partei ist, desto sicherer ist es, daß die Forderungen des Sozialismus verwirklicht werden.

Um die Errungenschaften der Revolution festzuhalten und auszubauen, gibt es kein wirksameres Mittel als die Stärkung unserer Organisation, die Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Während des ganzen Krieges hat unsere Partei die Kriegspolitik bekämpft, ihre Anhänger mit dem Geist des Sozialismus erfüllt.

Ihre geschichtliche Aufgabe ist es, das Proletariat zu sammeln zur Beseitigung jeder Klassenherrschaft, zur Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Feinde ringsum!

Berlin, den 28. November 1918.

Die deutsche Revolution ist kaum drei Wochen alt und schon wachsen ihr auf allen Seiten Feinde aus dem Boden. Zwei Tage lang hatten sich die Träger und Nutznießer der alten Ordnung scheu in ihre Winkel verkrochen, um sich dann, erst schüchtern und tastend, dann immer kühner und anmaßender an das Tageslicht zu wagen. Und wie könnte es denn anders sein? Die Ereignisse in den denkwürdigen 10 ersten Novembertagen haben ja nur das Dach der alten dynastisch-militaristisch-imperialistischen Zwingburg abgedeckt. Ihre Grundmauern stehen noch und die alten Besitzer hausen noch ziemlich ungestört in ihren Gemächern. Dazu kommt weiter, daß die junge Revolution vor eine der schwierigsten Aufgaben gestellt wurde: Die Herbeiführung des Friedens. War es doch ein fürchtbares Trümmersfeld, was die Revolution als Erbschaft von dem niedergeworfenen alten System übernehmen mußte. Wenn man in den letzten Jahren bei den zahlreichen Ausbrüchen des Siegestaumels den Ausspruch wagte: „Deutschland wird sich totfliegen“, so wurde man als Lan-

desverräter und Agent des Auslands gebrandmarkt. In Wirklichkeit haben alle die glänzenden militärischen Erfolge Deutschland tatsächlich an den Rand des Abgrundes gebracht. Jetzt hat die Revolution die Aufgabe, aus dem Schiffbruch zu retten, was zu retten ist. Nie hat eine Revolution bei ihrem Beginn solche Schwierigkeiten zu bewältigen gehabt wie die deutsche, Schwierigkeiten, die sich vor allen Dingen auf dem Gebiete des Friedensschlusses, der Demobilisierung, der Volksernährung und der sozialen Notwendigkeiten jeden Tag mit immer größerer Unerbittlichkeit offenbaren.

Aus dem ersten Akt der Revolution, der im wesentlichen nur den Sturz der Dynastien und des Militarismus in sich schließt, entwickelt sich allmählich der zweite Akt, die eigentliche soziale Revolution. Aber sie ringt sich nur langsam und schwer aus dem Schoße der sich überstürzenden Tagesereignisse los. Nicht zum wenigsten wird der klare konsequente Fortgang der revolutionären Entwicklung gehemmt durch die

Tatsache, daß die wirklichen revolutionären Kräfte einer Partei das Bett bereitet haben, die bis zum letzten Tage vor sogenannten revolutionären Unbesonnenheiten gewarnt hat. Als die „unbesonnenen“ Revolutionäre aber ihr Werk vollbracht hatten, da waren es gerade die Warner, die es sich eilig und eifrig in das bereitete Bett bequem machten. Um es einfach, nüchtern zu sagen: Das Kompromiß, das die Unabhängige Sozialdemokratie mit der sozialdemokratischen Partei beschloß, lähmt in der Hauptsache alles konsequente Weiterstreben in der Revolution.

Gedeckt von diesem Berg von Schwierigkeiten und Hemmungen lassen jetzt alle gegenrevolutionären Elemente ihre Kräfte aufmarschieren. Angehts der Notwendigkeit, die Demobilisierung der Armeen des Ostens und des Westens einigermaßen glatt durchzuführen, hielt es die Koalitionsregierung — unserer Meinung nach ganz zu Unrecht — für ersprießlich, in noch ziemlich weitgehendem Maße das alte Kommandoverhältnis bei den Truppen aufrechtzuerhalten. Es ist ganz natür-

sich, daß die überspannt-militaristische Ideologie der Offiziere nicht innerhalb 24 Stunden in die revolutionäre und demokratische Weltanschauung umgewandelt werden kann. Die Soldaten, die jahrelang in Flandern, Nordfrankreich, in der Ukraine und im Baltikum ihr roh-brutales Handwerk ausüben, die zum Teil im Osten sogar als Henkerknechte der Revolution auftreten mußten, haben natürlich kein klares Urteil über die politische Situation, über die Notwendigkeiten der revolutionären Neuordnung. Sie unterstehen dabei noch sehr stark dem moralischen Einfluß ihrer Offiziere. Es ist daher kein Wunder, daß gewisse Heerführer Neigung verspüren, dort, wo sie noch Kommandogewalt haben, der Revolution an die Röhre zu fahren. Die Aktionen der Herren Sigt v. Arnim, v. Böhmer, Ehrhardt usw. gegen die A. u. S.-Räte zeigen, daß wir auch in Deutschland Leute haben, die gern die gleiche Rolle spielen möchten, wie sie ein Kornilow, Alexejew usw. in der russischen Revolution gespielt haben. Mit der Möglichkeit einer militärischen Gegenrevolution muß also sehr stark gerechnet werden.

* * *

Die Gegenrevolution hofft aber auch in den vielen Büros der vielverzweigten Verwaltung des Reiches und der Bundesstaaten, vor allen Dingen Preußens. Die Notwendigkeit, den Verwaltungsapparat um des Friedens, der Volksernährung und der Demobilisierung willen auch weiter in Funktion zu lassen, zwang dazu, den riesigen Beamtenstab des alten Systems weiter zu behalten. Darunter sitzen, besonders in den höheren Stellen, eine Masse Leute, die die schnelle Wiederkehr der guten alten Zeit von Herzen wünschen. Sie bilden durch ihre Verbindung mit den herrschenden und besitzenden Schichten ein williges Hilfspersonal für alle gegenrevolutionären Treibereien. So sitzen, um nur ein Beispiel zu nennen, im Auswärtigen Amt noch eine ganze Anzahl von Legationsräten und sonstigen Bonzen der alten Geheimdiplomatie, die ihre Kräfte und Schliche zur Diskreditierung der Revolution und zu allerlei gegenrevolutionären Machenschaften anzuwenden wissen. Es kann als ziemlich festgestellt gelten, daß die Tendenznachricht, die Entente wolle den Frieden nur mit einer Regierung schließen, die sich auf eine Nationalversammlung stütze, nicht aus London, Paris oder Washington kommt, sondern in Berlin, in der Wilhelmstraße fabriziert worden ist.

Der Schrei nach der Nationalversammlung ist heute der Sammelruf für alle gegenrevolutionären und kapitalistischen Kreise geworden. In ihm stimmen auch alle die ein, denen vor der Weiterentwicklung der sozialen Revolution graut. Nicht zuletzt auch die, die die Schuldfrage zu fürchten haben. Darunter verstehen wir nicht nur die Hohenzollern und ihre Helfershelfer, sondern auch jene Leute, die unter der Maske der Volksfreunde das Thema des Durchhaltens und der nationalen Verteidigung bis in den November 1918 hinein in allen Variationen behandelt haben.

Gegen diese offenen und versteckten revolutionsfeindlichen Umtriebe gibt es zurzeit nur ein Mittel: Unbedingtes Festhalten an der Organisation der revolutionären Kräfte, das heißt, an dem Institut der A. u. S.-Räte. Diese werden mit dem Haß der Reaktionäre und des bestehenden Bürgertums bedacht. Sie sind auch den führenden Männern der sozialdemokratischen Partei ein Stein des Anstoßes. Demgegenüber muß mit aller Energie die Aufrechterhaltung, der Ausbau und die Zusammenfassung des Räte systems versucht werden. A. u. S.-Räte, die kritiklos in den Ruf nach einem baldigen Zusammentreten der Nationalversammlung einstimmen, unterminieren selbst den Boden, auf den sie die Revolution gestellt haben, und den unter allen Umständen zu behalten ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre. Geben die A. u. S.-Räte nur ein Jota ihres revolutionären Erstgeburtsrechtes preis, so werden sie in wenigen Wochen eine historische Episode sein, über die sich ihre Nachfolger, die wieder in den Sattel gestiegene Bourgeoisie, lustig machen werden.

Darum, A. u. S.-Räte,
Augen auf! Feinde überall!

Die Befugnisse der Räte.

Nur die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands!

Der Volksgesundheitsrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reichs und Preußens diesen die exekutive Regierungs Gewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Eingriff in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk gesichert wird, und das um so mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des Ganzen entscheidenden Stellen sind im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreichend erscheint. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle, verständlich ausgeübt, einzurichten. Alle störenden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
2. Verhaftungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Festnahmen im zivilrechtlichen Ordnung- und Sicherheitsdienst handelt.
3. Beschlagnahmen irgendwelcher Art (Lebensmittel, Rohstoffe, Kohlen, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Beschlagnahme von Lebensmitteln oder lagerten Vorräten, die für Kommunalverbände und sonstige öffentliche Körperschaften anderer Orte oder für das Heer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
4. Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten den Gemeindeverwaltungen oder sonstigen öffentlichen Körperschaften verwaltet werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Bankdepots.
5. Alle Eingriffe in den Schiffahrts-, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.

Für die Zeit der Demobilisierung haben die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ihre Aufmerksamkeit auf folgende Maßnahmen zu lenken.

1. Sorge für die Einquartierung.
 - a) Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Formationen.
 - b) Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.
 - c) Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien.
 - d) Bereitstellung von Betten, Bettstellen u. dergl.
2. Ernährungsfragen.
 - a) Einrichtung von Massenspeiseeinrichtungen.
 - b) Einrichtung von Kitchens u. a. an allen größeren Bahnhöfen.
3. Sanitätliche Maßnahmen.
 - a) Einrichtung von Bädern und Entlausungsanstalten.
 - b) Einwirkung auf die entlassenen Kriegsteilnehmer, ärztliche Untersuchung in Anspruch zu nehmen.
 - c) Verweisung kranker Soldaten an die Lazarette.
 - d) Aufklärung über Krankheiten und Ansteckungsgefahr (Malaria).
 - e) Den Anordnungen des Sanitätsamtes betr. Seuchengefahr ist unbedingt Folge zu leisten.
4. Arbeitsregelung.
 - a) Verweisung der arbeitslosen Kriegsteilnehmer und Rüstungsarbeiter an die Arbeitsnachweise (Plakate).
 - b) Einwirkung auf die Arbeitslosen, sich bei den im Augenblick dringend erforderlichen Landarbeiten, insbesondere der Kartoffel- und Rübenerrnte, zu beteiligen.
 - c) Hinweis der Arbeitslosen auf die Beteiligung an der dringend erforderlichen Be- und Entladungsbearbeit der Güterzüge.
 - d) Für die bestehenden Kriegsbetriebe gilt als oberster Grundsatz:
Kein Mann und keine Frau darf arbeitslos werden. Betriebe haben sich so schnell als möglich auf Friedensarbeit umzustellen. Eine Stilllegung der Betriebe soll vermieden werden. Den Anordnungen des Reichsamts

für wirtschaftliche Demobilisation ist Folge zu leisten.

5. Allgemeines:

Hinweis der beimkehrenden Soldaten darauf, daß der ordnungsmäßige Rücktransport mit der geschlossenen Formation und die vorchriftsmäßige Entlassung für sie folgende Vorteile birgt:

1. Unentgeltliche Verabfolgung eines Entlassungszuges.
2. 50 Mark Entlassungsgeld.
3. Marschgebühren.

Berlin, den 23. November 1918.

Der Volksgesundheitsrat
des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.

Wie die Kriegstreiber gearbeitet haben.

Genosse Wilhelm Dieckmann erzählt uns in einem Schriftchen: „Die Emser Depesche“ einiges darüber, wie Kriege gemacht werden; wie insbesondere der 70er Krieg durch Fälschungen angezettelt wurde.

Genosse Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident, hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den jetzigen Kriegsurprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerbrüderlichkeit ist. Der bayerische Ministerpräsident hat seinerzeit Bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes ausflüßende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Werchfeld einige Einzelheiten mitgeteilt:

Das österreichische Ultimatum.

In dem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte in Wien, Graf Werchfeld, die Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verhängnisvollen Ultimatum Oesterreichs an Serbien bestehen. Es heißt in diesem Bericht:

„Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und Dreilund-Neiserenten im Auswärtigen Amt und mit dem Oesterreichisch-Ungarischen Votschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich, ... zu berichten:

Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat in Belgrad zu unternehmen, und der in der Uebertreibung einer Note bestehen wird, wird am 25. dieses Monats erfolgen. Die Hinanschlebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise des Herrn Poincaré und Diviant von Petersburg abwarten möchte, um nicht etwaige Gegenmaßnahmen eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurteilung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung und auch auf die Bourse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt und man behauptet nur, daß Graf Tiza, der anfangs gegen ein stärkeres Vorgehen gewesen sein soll, durch eine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Den Erlass einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie mißbillige.
 2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Serajewo und Teilnahm eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.
 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren.
- Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.
- Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.

Die Provokateure des Weltkrieges.
Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß Oesterreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Oesterreich-Ungarn, dank seiner Entschlossenheit und seiner Zerfahrenheit, jetzt eigentlich der starke Mann in Europa sei, wie früher die Türkei, auf dessen Austeilung Russen, Italiener,

Rumänen, Serben und Montenegriner warten. Ein hartes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß die Oesterreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Mächte fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Muttat herrscht, könne man wohl auch der slavischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slavischen Propaganda, wie General Conrad v. Hötzendorf selbst zugegeben habe nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Schicksalsfrage handle und aus diesem Grunde hat man hier, auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, daß man mit jedem Vorgehen zu dem man sich dort entscheidet, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.

Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Uebergabe eines allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorias hierhergekommen war, ging soweit, daß die Oesterreichisch-Ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.

Sie konnten den Krieg gar nicht mehr erwarten!

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann, hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und einschüchelten Stellen in Wien fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankt, beweise der Umstand, daß Graf Berchtold, drei Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen.

Man hätte es daher hier auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Berchtold an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert. Die Reichsleitung werde, mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des großen Generalstabes, sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte.

Weiterhin werden über das vermittelte Verhalten der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: „Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einzuwirken werden; außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen“ eines der beliebtesten Requisits der russischen Politik bilde und der Russe zwar gerne mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenden Momente doch nicht gerne für andere zieht.“

Ueber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen Zweibund und Dreibund in London im letzten Zeitpunkte schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig vollkommen sei. Rame es freilich zum Kriege, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vettern würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer europäischen Gleichgewichts gestürzt würde. Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Graf Stollberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Oesterreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe. (Also schon damals!)

In einem Telefonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh, wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert:

„Es laufen zurzeit zwei Ultimata: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden, Petersburgs Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris' Anfrage, ob neutral bleibe. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.“

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August, um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können: im französischen Heer kein guter Geist, wenig Stellvertretergeschäfte und schlechteres Gewehr.

In dem Bericht vom 4. August 1914, aus dem übrigens hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt: „Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabchef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkaufte wäre, da der Antikrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich.“

Wer diese Aktenauszüge liest, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß bestimmte Kreise in geradezu raffinierter Weise zum Kriege hingetrieben haben. Die Tatsachen zeigen auch, wie sehr den Herren Regierungssozialisten alle Argumente ihrer Politik unter den Füßen fortgezogen wurden. Ihr Hauptargument war, daß es sich um einen Verteidigungskrieg handle. In diesem Falle mußte man mit dem Volke gehen. Und geht man mit dem Volke, müsse man auch der Regierung alle Mittel bewilligen, die zur Durchführung des Verteidigungskrieges notwendig seien. Wir haben nie auf dem Boden dieser Theorie gestanden; obwohl der Krieg zuletzt sogar in einen Hauskrieg schlimmster Art ausgeartet war. Begibt man sich auf den schlüpfrigen Boden der Verteidigungstheorie, so kommt man auf eine schiefe Ebene, auf der es kein Halten mehr gibt. Schließlich kann jeder Krieg zum Verteidigungskrieg umgelogen werden.

Und nun wird das einzige Argument für die Haltung der Regierungssozialisten ihnen fortgenommen. Sie werden nach Ausschüften suchen, aber 11 Tatsachen sind zu stark als daß neue Ablenkungsversuche die Arbeiter täuschen können. Aber wir müssen jede Gelegenheit benutzen, um die Kohlenhergesellenschaft zu entlarven.

Friedrich Engels über den Wiederaufbau des Deutschen Reiches.

Von R. Kautsky.

Das Endziel der Revolution, in die wir jetzt eingetreten sind, ist die Ersetzung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsweise. Die wichtigste Kraft zur Erreichung dieses Zieles soll die Staatsmacht bilden, deren sich das Proletariat bemächtigt. Aber nirgends ist die Staatsmaschine eine solche, daß sie ohne weiteres den Zielen der proletarischen Befreiung dienlich gemacht werden kann.

Neben den dringenden laufenden Aufgaben, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Volksmassen sofort Nahrung, Kleidung, Wohnung im Rahmen der gegebenen ökonomischen Ordnung zu schaffen, ergibt sich als erste Aufgabe auf dem Wege zur Ueberwindung dieser Ordnung die Notwendigkeit, die Staatsmaschine umzugestalten.

In welchem Sinne hat dies in Deutschland zu geschehen? Das ist die Frage. Einen wichtigen Beitrag zu ihrer Beantwortung bilden die Ausführungen, die unser Engels im Jahre 1891 niederschrieb als Gutachten über das damals geplante Parteiprogramm.

Das Schriftstück fand sich im Nachlaß Wilhelm Liebknechts und wurde in der „Neuen Zeit“ (XX, 1, S. 5 ff.) veröffentlicht. Es lohnt sich gerade jetzt, die ganze Abhandlung durchzuarbeiten. Für diejenigen, denen jener Band nicht zur Verfügung steht, seien die wichtigsten Partien in folgendem wiedergegeben.

Die Absicht, die Engels mit seinen Bemerkungen verfolgte, erhellt aus einem Brief, den er damals (20. Juni 1891) an Kautsky richtete, in dem er diesem von seinen Bemerkungen zum Entwurf Mitteilung machte und hinzufügte, er habe dabei Gelegenheit gefunden, auf das frisch-romantischste freie „Hineinwachsen“ der alten Sauerer „in die sozialistische Gesellschaft loszubauen“.

Ueber dieses Hineinwachsen sagte Engels in seiner an den Parteivorstand gerichteten Darlegung:

„Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie in Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkündigung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird, und wo die Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren, und zwar ohne Not, heißt das Reigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Wölfe binden.“

Die Erwartung, die deutsche Monarchie könne friedlich in eine sozialistische Gesellschaft hineinwachsen, hat in der Tat schmachlich Scheitern ge-

litten. Welche Kraft der deutsche Militarismus besaß, welchen Widerstand er bis zum äußersten leistete, haben wir eben erlebt. Erst nachdem Millionen von Menschen geschlachtet, das ganze deutsche Volk an den Abgrund des Hungertodes gebracht und damit seinen eigenen Zusammenbruch besiegelt hatte, erhoben sich die Massen in Aufbegehren gegen das Raubtier, um ihm den Garous zu machen, und maßen damit die Bahn frei für eine sozialistische Entwicklung in der Art, wie sie Engels in einer demokratischen Republik für möglich hielt. Auch dort erwartete er nicht ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus ohne Kampf, aber doch ohne Fortwärtung ohne Bürgerkrieg.

Wie soll nun das neue Staatswesen gestaltet sein, das in Deutschland an Stelle der Monarchie tritt?

Darüber sagt Engels:

„Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollen wie Mizuel.“

Nun scheint es gefehlt nicht anzugeben, daß man die Form der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philipp in Frankreich ebenso zulässig war wie heute in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal offen ein republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie tief die Mission ist, als könne man dort auf gewöhnlich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Indes kann man sich an der Republik allenfalls vorbereiten. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. (Von Engels selbst unterstrichen.) Und das würde einstelligen genügen, wenn man nicht weitergehen kann.

Zweitens. Die Rekonstruktion Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstatelei beseitigt werden — man revolutionierte doch die Gesellschaft, so lange es bairisch-württembergische Reverechte gibt und die Karte von Thüringen zum Beispiel das gegenwärtige Kammerloch deckt. Andererseits muß Preußen aufhören, zu existieren, um in selbstverwaltende Provinzen aufgeteilt zu werden, damit das preussische Preussentum aufgehört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstatelei, spezifisches Preussentum sind die beiden Seiten des Gegenstückes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der andern als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß. Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen.

Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist, und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier, als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Zentralregierung ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höchst in Zukunft vorbehalten haben wollen, wie die preussischen Landräte und Regierungsräte.“

Dies das Programm für die politische Neubildung Deutschlands, das Engels 1891 theoretisch entwarf. Heute obliegt es den deutschen Sozialdemokraten, sein Programm praktisch durchzuführen, das tatsächlich stets das unsere gewesen ist, und damit der Staatsmaschine jene Form zu geben, in der sie tätig wird zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Mit der Begründung der Republik ist aber auch eine Frage aktuell geworden, die Marx und Engels ebenso wie Bebel und Liebknecht stets am Herzen lag, wenn sie auch Engels in seinem Gutachten über das Programm nicht erwähnte, die Frage der Vereinigung aller deutschen Stämme in einer einzigen Republik. Die Trennung der Deutschösterreicher von Deutschland, die durch donauische und militärische Interessen herbeigeführt und aufrechterhalten wurde, ist jetzt aufzuheben, nachdem haben wir drüber die Träger dieser Interessen ausgeschaltet worden sind.

So drängt sich uns von selbst die Volkziehung des politischen Testaments auf, das uns unsere großen Vorkämpfer hinterlassen haben: die Bildung der großdeutschen Republik als Einleitung zur Vollziehung ihres großen sozialistischen Testaments, die nicht die Aufgabe einer einzelnen Nation, die die Aufgabe der Internationale ist.

Die guten Vorbilder.

Wie oft hat man während des Krieges in den Blättern lesen müssen, daß wir mit unseren Vorfahren haushalten müssen und daß zu diesem Zweck die Nationierung unumgänglich nötig sei. Zu den Nationen, die die breiten Massen auf das Durchhalten verweisen, gebieten vor allem auch die Träger von Kaiser-, Königs- und Fürstentronen. Aber diese Mahnung zum Durchhalten war immer nur — für andere bestimmt, für andere waren auch die Gesetze bestimmt, die die Hamsterer unter Strafe stellten. Kurz-

lich wurde, was man eigentlich ohnehin wußte, einwandfrei festgestellt, wie der frühere Preußenkönig und der frühere König von Sachsen die Not des Volkes gefühlt haben. Wie Wilhelm der Hohenzoller durchließ, das s. l. e. kürzlich W. Carl als Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates sei. Er unterzog das Berliner Schloß Wilhelms einer Besichtigung: Wilhelm konnte durchhalten. Not und Hunger und Elend waren ihm und seiner Familie erspart geblieben, selbst wenn der Krieg noch ein Jahr und mehr andauerte hätte. Was der kaiserlichen Privathaushaltung — also nicht dem Hofstaat — an Lebensmitteln zu Gebote stand, muß selbst die höchstgespannten Erwartungen übersteigen. Hören wir den Bericht des Bevollmächtigten:

„In großen weißgetäfelten Kammern stand hier alles, was man sich an Lebensmittelvorräten überhaupt denken kann. Rein, ich muß mich verbeugen, man kann es sich nicht ausdenken, daß nach vierjährigem Kriege noch solche ungeheuren Mengen von Lebensmitteln aufgespeichert sind. Da finden wir Fleisch und Geflügel auf Eis, Saucen in großen Kisten, blütenweißes Mehl in Säcken bis an die hohe Decke aufgestapelt, Tausende von Eiern, Niesenbassins mit Schmalz, Kaffee, Tee, Schokolade, Gelee und Konserven jeder Art aufgeschichtet in unendlich schwindelnden Reihen, Hunderte von blauen Zunderbüten, Hülsenfrüchte, Dörrobst, Zwieback usw. Der Wert dieser Vorräte beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark.“

Wilhelm will ja angeblich wieder nach Deutschland zurück. Gut aber man wird ihm nur die rationierten Lebensmittel zuweisen. Wir sind überzeugt, er wird schmerzhaft wieder den deutschen Staub von seinen Füßen schütteln.

Auch im Großen Hauptquartier wurde in einer Zeit, in der weite Volkstriebe der Unternahrung und dem Siedum anheimfielen, nicht gerade schlecht gespeist. Nachstehend die Speisefolge eines Tages, an dem der Kaiser nicht anwesend war, also das Essen für die Offiziere der Begleitung.

3. September 1916

Erstes Frühstück.
Rebhühner.
Grüne Bohnen.

3. September 1916

Königliche Mittagstafel.
Fisch-Pasteten.
Rebhühner mit Apfelsmus.
Wiener Pudding.
Obst.

3. September 1916

Königliche Abendstafel.
Oderkrebse mit Reis.
Rehrücken, Salat.
Pareher Eierkuchen.
Obst.

Weil die Monarch im Großen Hauptquartier, so war die gebotene „Kriegsloft“ noch etwas üppiger, wie nachstehende Speisefolge zeigt:

Großes Hauptquartier, 5. Dezember 1916.

Königliche Mittagstafel.
Krautriebe auf königl. Art.
Gebadene Seezungen.
Rehrücken, Apfelsmus, Salat.
Grüne Spargelspitzen.
Pflanzspeise.
Obst.

So sah die „partisanische Tafel“ des Kaisers im Felde aus, während die Soldaten mit wässrigen Brühen und Dörngemüse gefüttert wurden. Man kann danach berechnen, wie er erst zu Hause „entbeure“.

Aber Wilhelm war nicht der einzige unter den gekrönten Häuptern, der schlechte, während das Volk hungerte. Wie dem „W. L.“ aus Dresden gemeldet wird, verlungt Bertrier in der Stadtverordnetenversammlung, in welcher Weise und in welchem Umfange der abgesetzte König von Sachsen mit Lebensmitteln beliefert worden sei. In der Begründung teilte ein Stadtverordener mit, daß unter anderem an die Hofküche zum Privatgebrauch des Königs geliefert wurden: 36 Pfund Butter und 80 Pfund Fleisch wöchentlich; außerdem im Monat eine Extralieferung von 80 Pfund Fleisch. In der Zeit vom 1. bis 28. September seien 50 Pfund Mehl, ferner in 14 Wochen 250 Pfund Zucker und in jeder Periode etwa 1200 Eier geliefert worden. Die Hofwirtschaft habe wöchentlich 10 Pfund Butter und 150 Eier erhalten. Beim Besuch des Kaisers Karl von Oesterreich seien angefordert worden: 40 Pfund Butter und 40 Pfund Fleisch. Prinzessin Mathilde habe 25 Pfund Fleisch wöchentlich erhalten, zuletzt sei aber diese Menge um fünf Pfund „gekürzt“ worden, weil sie ein Schweinchen geschlachtet habe. Ferner wäre ihr 7 1/2 Pfund Butter wöchentlich und 105 Pfund Zucker in jeder Periode zugeteilt worden. Von ihrem umfangreichen Hühnerhof habe sie nicht ein Ei abgeliefert.

Im Hofzug des Königs wurden 7 Konnen Petroleum, 23 Zunderbüten, 2 Sack Kaffee, 730 Pfund Mehl, 376 Kerzen und 29 Schock Eier beschlagnahmt.

Aus der Bewegung.

Breslau. Uns wird geschrieben: Nachdem die Fesseln derurchbaren Unterdrückung, die wohl nirgends so schwer auf der Bewegung gelastet haben wie hier, gefallen sind, ist es auch der Ortsgruppe der U. S. W. möglich, ihre Meinung in größere Kreise zu tragen. In der öffentlichen Versammlung, die uns seit Jahresfrist zum ersten Male genehmigt wurde und die sehr stark besucht war, sollte Genosse Kunert referieren, der aber leider in letzter Stunde absagte.

Diese Gelegenheit benützte der anwesende Stab von Partei- und Gewerkschaftsbürokraten dazu, die Anwesenden durch ihre Vorträge einzufangen. Es war ihnen kein Mittel zu schuldig.

Eine Frauenversammlung, die am 15. d. Mts. stattfand, für die so gut wie gar keine Agitation erfolgt konnte, da die Referentin Genossin Reichert-Perlin nur auf der Durchreise begriffen war, hatte einen schwachen Besuch aufzuweisen. Wie es aber Gen. K. verstanden hatte, die anwesenden Frauen zu begeistern, bewies, daß sich von 18 Frauen 13 in die Partei aufnehmen ließen.

Am 19. d. Mts. sprach der Genosse Parteisekretär Schöning aus Leipzig in einer starkbesetzten öffentlichen Versammlung über „Rechte und Pflichten der Arbeiter- und Soldatenräte“. Hier zeigte es sich, daß der Redner die Soldaten und Arbeiter sehr bald auf seiner Seite hatte. Mit treffenden Worten wies er auf die Revolution hin, auf die die Abhängigen so stolz sind.

In der am 23. d. Mts. stattgefundenen öffentlichen Versammlung, die in der „Neuen Börse“ abgehalten wurde und von circa 100 Personen besucht war, sprach an Stelle des verhinderten Genossen Schöning, der Genosse Durchhardt-Leipzig über die „sozialistische Republik“. Die Kunde von den tapferen Kämpfen von Kiel pflanzte sich wie ein Lauffeuer durch alle Garnisonen fort, und so wurden auch diese Volksvertreter gezwungen, mitzumachen, wo sie nicht mit weggeführt werden. Aber diese Volkshelden sollen sich jetzt nicht hinstellen und tun, als sei der Ausbruch der Revolution eine Folge ihrer Politik. Nicht durch, sondern trotz ihrer Politik hat sich die Arbeiterklasse, geführt von den Soldaten, der Fesseln entledigt. Er erinnerte an die „deutsche Freiheit“, die man den Finnen gebracht hat, indem man 30 000 Finnen in eine Grube stellte und hinhördete. An den Gewaltfrieden mit der Ukraine, der von den Abhängigen Sozialisten mitunterzeichnet und als Brotfrieden gefeiert wurde. Auch dem Gewaltfrieden von Brest-Litovsk wurde nicht entgegengetreten, man wollte sich nicht ausschalten lassen. Aber alle Gewalt geht einmal zu Ende und jetzt zeigt sich, in welchem Abgrund das deutsche Volk geführt worden ist, mit Hilfe der Nationalsozialdemokraten. Jetzt feiert man König Albert als Symbol der Freiheit in Belgien. Wilhelm II., der so tapfer das Maul aufreißt konnte, hat jetzt das Hasenpanier feig ergriffen und nicht nur das, er hat das deutsche Volk noch um die Kronjuwelen bestohlen, die Staatseigentum sind. Wenn man aber für die Ergreifung eines Einzelmörders Geldsummen aussetzt, da soll man auch einen Kronjuwelenmörder nicht laufen lassen. Auf die sog. Republik zu sprechen kommend, erklärte Genosse B. alle Forderungen, die man an eine solche stellen muß. Gehe man in Sachen und anderwärts daran, eine solche durchzusetzen, so sehe es damit in Schlesien traurig aus. Das beweist schon, daß sich die meisten abgetakelten Fürsten „von Gottes Gnaden“ in Schlesien jetzt niederlassen. Sie wännen sich hier in sicherer Hut. Ueberall hat man mit den kommandierenden Generälen, den Polizeipräsidenten und all denen, die dem Unterdrückungssystem in Deutschland den Stempel aufdrücken, aufgeräumt, in Breslau ist dies noch in Amt und Würden. Man jett diesen Diktatoren nur einen oder zwei Beiräte zur Seite. Und die politische Polizei, jene Institution, die Tausende braver Genossinnen und Genossen ins Zuchthaus brachte, die uns auf Schritt und Tritt beschliffelte, verfolgte, die amtierende heute noch in Breslau, während man dieser korrupten Gesellschaft allerorts die Bude zugemacht, die gemeinen Gehelmatten mit Beschlag belegte. Hier ist man auch nicht zur Bildung von Arbeiter- u. n. s. o. m. sondern auf den Antrag Lobes, eines Volksrates, besser „Bürgerausschuss“, geschritten, damit man das Bürgertum nicht vor den Kopf stoßt. Genau so ist es mit dem Soldatenrate. Offiziere, Wachmeister usw. ernennen sich selbst zu Soldatenrat. Von 66 den Arbeitern zustehenden Sitzen überließ man gnädigst 5 Sitze den Unabhängigen. Einer Rosa Luxemburg, die jahrelang im Gefängnisse schmachten mußte, nur weil sie eine Todfeindin dieses Mißsystems war, der man hätte bei ihrer Entlassung eine Quoten bringen müssen, der verbot Genosse Löbe das Sprechen in der Jahrbunderversammlung, damit er nicht um seine Lorbeeren kam, die ganze geplante Prozedur nicht geschickt würde. Und so etwas nennt sich noch Sozialdemokratie! Sprich von Parteipolitik. Wurde nicht jeder, der eine eigene Meinung hatte, vom Genossen Kautsky angefangen, bis zum einfachsten Parteigenossen, herausgeworfen. Eine Einigung und damit die Durchführung der sog. Republik ist aber nur denkbar, wenn man zurückkehrt zu unseren Grundfragen, die im Entwurfprogramm niedergelegt sind. Die Bestreitung der Arbeiterklasse aus Knechtschaft und Ausbeutung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Da kann es kein Partieren mit den alten bürgerlichen Parteien geben. Wer das wolle, sol's zu ihnen übertreten, aber aufhören, sich noch Sozialdemokrat zu nennen. Aus diesem Grunde müsse auch die Nationalversammlung hinausgeschoben werden, bis die Verfestigung der Produktionsmittel durchgeführt, freie Gefesse geschaffen, überhaupt die ganzen sozialistischen Forderungen eingeführt und verankert sind. Solange muß sich schon die bürgerliche Gesellschaft die proletarische Diktatur gefallen lassen. Hat man sich doch jahrelang nicht geschert, dem Proletariate die Diktatur aufzuzwingen, nun sollen wir so zimperlich sein, um dem Bürgerum nicht wehe zu tun, auf diese Maßnahme zu verzichten, die uns unter Umständen alle Errungenschaften der Revolution zu nichte machen kann. Nur der erweist sich Recht und Freiheit, der täglich sie erobert muß.

Die sämtlichen Diskussionsredner sprachen sich in diesem Sinne aus, mehr oder weniger scharf die Politik der Abhängigen kritisierend. Nur Genosse Löbe versuchte zu retten, was zu retten war. Der Vorsitzende schloß die imposante Versammlung mit einem

zurückgehen, was auf die Unabhängige sozialdemokratische Partei. Noch eilende solche Versammlungen und auch Breslau wird in die Reihe der Städte treten, die freie Bahn für die sozialistische Republik schaffen.

Den Jungen!

Jung sein, heißt: die Zukunft zwingen,
Ihr bestimme die Formen geben!
Mit sich selbst muß Jugend ringen,
Wird sie bau'n ein starkes Leben!

Jung sein, heißt: für alles Hohe,
Alles Schöne, alles Freie,
In sich führen hell zur Höhe
Der Begeisterung lautere Weisheit!

Jung sein, heißt: mit starken Händen
Fest das schwerste Schicksal packen!
Alles Leiden muß sich wenden,
Beugst du nicht vor ihm den Nacken!

Jung sein, heißt: des Lebens Pforten
Zu umranken rot mit Rosen, —
Heißt: mit Tat und Flammenworten
Trost zu reichen Hoffnungslosen!

Jung sein, heißt: die Welt zu heben
Aus den Angeln, wenn sie rotten,
Lust zu streuen, Glück zu geben
Alle Seligkeit zu kosten ...

Jung sein, heißt: im Lebenslenze
Nitzutun der Menschheit Kriege,
Jeder Tag reicht neue Kränze,
Neue Wunden, neue Siege!

Ludwig Lassen

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 1. Dezbr., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neudöln, „Dealkasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstr. 48 bei O. Bamp; „Freireligiöse Vorlesung“. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. S. Hoffe: „Vom Euxinen, Opfern und Sühnen.“ — Gäste willkommen.

Aus dem Geisteschatz des Sozialismus.

„Im Anfang der Entwicklung einer Klasse ist das Klassenbewußtsein immer nur ein allgemein-instinktives. Es gruppiert sich lediglich um die Grundvorstellung, daß die aufstrebende Klasse von andern Schichten in ihren berechtigten Ansprüchen beeinträchtigt wird. Erst nach und nach kommen im Klassenkampf die einzelnen konkreten Unterschiede zum Bewußtsein, und erst relativ spät erkennt die Klasse die historische gegebenen Bedingungen ihrer Existenz als Klasse. Das volle Bewußtsein ihrer Gesetzmäßigkeit zu den anderen Klassen und ihren spezifischen Klassencharakter erlangt aber eine Klasse erst dann, wenn sie selbst die Herrschaft gewinnt und ihre Ansprüche gegen die der anderen Klassen praktisch durchzusetzen unternimmt.“

H. Cunow:

„Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs.“

„Nichts irriger als die Ansicht, die man in letzter Zeit öfter aussprechen hörte, nur durch ihre Teilnahme an den Klassenkämpfen des Tages sei die Sozialdemokratie groß und stark geworden, ihre Ideale seien eine sehr schöne Dekoration, aber ohne jede praktische Bedeutung. Vielmehr beruht gerade der heile Teil ihrer Kraft darin, daß sie heute die einzige Partei ist, die Ideale hat, große Ziele, die über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung hinausweisen.“

K. Kautsky:

(B. 3.)

Vortrede zu Atlantis „Produktion und Konsum im Sozialstaat“ (Stuttgart 1898).

A. Hoffmann's Verlag

Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur

G. m. b. H.

Berlin O. 27, Blumenstraße 22, L

Bestellungen auf alle Erscheinungen des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Es empfiehlt sich,

Bestellungen auf Zeitschriften recht frühzeitig aufzugeben.

Schriften-, Theater- und Musikalienkataloge auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlsendungen

an Vereine bereitwillig. (Vereinstempel ist der Bestellung beizufügen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Gefinnungsgenossen entgegengehend

D. O.

Verantw. Redakteur: C. Leid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 2.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 88-92.